

Stuttgarter Zeitung

E-Mail: redaktion@stzn.de

04. Mai 2024

Gendarstellung zum Artikel vom 10. April 2024 mit dem Titel „Verwirrung um Name ist unausweichlich“

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Bruckner, sehr geehrter Herr Dorfs,

bezugnehmend auf den Artikel von Robert Krülle und Anke Kumbier „**Verwirrung um Name ist unausweichlich**“ in der **Stuttgarter Zeitung vom Mittwoch, 10. April 2024**, fordern wir als FREIE WÄHLER Partei eine Richtigstellung bzw. Gendarstellung.

Zur Begründung:

Die „Partei gleichen Namens“ ist nicht einfach so „vor geraumer erschienen“, sondern hat sich aus den Freien Wählern, die seit 1965 im *Bundesverband Freie Wähler Deutschland e.V.* deutschlandweit zusammengeschlossen sind, gegründet. Bis im Januar 2009 gehörte auch der *Freie Wähler Landesverband Baden-Württemberg e.V. (Landesverband BW)* diesem noch an, bevor er sich zum Austritt entschloss, weil sich das Präsidium nicht an Wahlen oberhalb der kommunalen Ebene beteiligen wollte. Nachzulesen in unserer Historie unter [www.](http://www.freiewaehler-bw.de)

<https://freiewaehler-bw.de/historie>.

Es gibt keine „alten“ Freien Wähler. Tatsache ist, dass die Freien Wähler die gleichen Wurzeln haben aber verschiedene Wege gegangen sind. Diejenigen, die sich für die Gründung einer Partei aus dem Bundesverband Freie Wähler Deutschland e.V. heraus entschlossen haben, sind genauso kommunal engagierte Freie Wähler und gehören wie zitiertes Landrat im Artikel, ebenso zu den „alten“ Freien Wähler, wenn man sie denn so nennen will. In diesem Zusammenhang halten wir allerdings die gewählten Begriffe Alt und Neu für falsch, da sie auf Unterschiedlichkeit und Seniorität abheben, die aus dem historischen Kontext heraus so nicht gegeben ist. Korrekt wäre gewesen, zu sagen, dass sich Herr Bernhard Maier, Landrat a.D., ausschließlich zu den kommunal engagierten Freien Wähler zählt, wohingegen die Partei und deren Mitglieder diesbezüglich andere Ambitionen haben und zu allen Wahlen auch oberhalb der kommunalen Ebene antreten.

Ferner entspricht es nicht der Wahrheit, dass die Freien Wähler es versäumt haben, ihren Namen schützen zu lassen, wie es im Artikel im zweiten Absatz dargestellt und nachzulesen ist. Tatsache ist, dass der Landesverband BW den Namensbestandteil „Freie Wähler“, den sich Partei und Landesverband teilen, nicht schützen lassen konnte, gleichwohl der *Landesverband BW* dies gerichtlich versucht hat. Eine entsprechend eingereichte Namensschutzklage des *Landesverband BW* gegen die FREIE WÄHLER Bundespartei wurde am 10. November 2010 vom Landgericht Nürnberg-Fürth abgewiesen. Siehe auch <https://www.stimme.de/ueberregional/baden-wuerttemberg/nachrichten/pl/freie-waehler-baden-wuerttemberg-mit-klage-gescheitert-art-1982922>. Somit kann also auch nicht von einem Etikettenschwindel gesprochen werden, da dem Freie Wähler Landesverband BW durch das Gericht explizit mitgeteilt wurde, dass das Parteienprivileg nicht für kommunalpolitisch ausgerichtete Vereinigungen gelte und somit der *Freie Wähler Landesverband Baden-Württemberg e.V.* keinen Namensschutz besitze. Der Kammervorsitzende stellte hierzu fest: „Sie sind damit zu einer Koexistenz mit der Landesvereinigung Freie Wähler Baden-Württemberg verpflichtet.“

Ebenso nicht korrekt wiedergeben ist, wer die Gründung der FREIE WÄHLER Kreisvereinigung Böblingen bekannt gegeben hat. Im Artikel steht fälschlicherweise, dass dies der Landesverband getan hat. Korrekterweise müsste es heißen, dass dies durch die Pressestelle der FREIE WÄHLER Landesvereinigung Baden-Württemberg veranlasst und über die Bezirksvereinigung Nordwürttemberg versendet wurde.

Und zuletzt weisen wir daraufhin, dass FREIE WÄHLER keineswegs eine „ursprünglich bayerische Partei“ ist, sondern eine Bundespartei, die zwischenzeitlich bei Umfragen bundesweit bei 3-5 Prozent liegt. Die Partei trägt gemäß § 1 Nr. 1.1 (1) der Satzung der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER den Namen „FREIE WÄHLER“ und hat Untergliederungen in jedem Bundesland, so auch in Bayern. Die bayerische FREIE WÄHLER Landesvereinigung hat mit Hubert Aiwanger seit 2018 einen Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, der gleichzeitig auch stellv. Ministerpräsident ist und mit seinen FREIEN WÄHLERN in einer Koalition mit der CSU Bayern regiert.

Da die Berichterstattung in dieser Form rufschädigende Wirkung auf die FREIE WÄHLER Partei entfaltet, fordern wir Sie umgehend zu einer Richtigstellung bzw. Gegendarstellung in ihrer Zeitung auf.

Mit freundlichen Grüßen